

# Die Rückkehr des Sozialen?

## Programm "Soziale Stadt" regt Konzepte quartiersbezogener Revitalisierung an

*Arbeitslosigkeit und Armut sind nicht allein mit Stadtteilstrategien zu bekämpfen. Die Chancen und Potentiale, die die Quartiersebene dennoch bietet, müssen für eine soziale Stadtentwicklung genutzt werden.*

Carola Scholz

Die Bundesregierung hat mit dem Haushalt 1999 erstmals ein Förderprogramm zur Unterstützung und Revitalisierung von "Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf" aufgelegt<sup>1</sup>. Sie erkennt damit an, daß es in deutschen Städten Quartiere gibt, die aufgrund des ökonomischen Strukturwandels, aufgrund der Erosion traditioneller Beschäftigungsverhältnisse, aufgrund dauerhafter Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und sich verfestigender Armut sowie aufgrund der Zuwanderung armer Bevölkerungsschichten zu benachteiligten und überforderten Stadtteilen geworden sind. Nach der lebensstil- und innenstadt-orientierten Urbanitätsdebatte der 80er Jahre, die insbesondere die Profiteure städtischer Umstrukturierung im Blick hatte, rücken nun unausweichlich die Modernisierungsverlierer ins Blickfeld.

Auslöser der Bundesinitiative "Soziale Stadt" ist ein Beschluß der ARGEBAU-Ministerkonferenz (heute Bauministerkonferenz) aus dem Jahre 1996, der Bund und Länder aufforderte, mit einem nationalen Aktionsprogramm der "drohenden sozialen Polarisierung in den Städten Einhalt zu gebieten". Ziel müsse es sein, die von Abstieg bedrohten Gebiete "im Sinne einer ganzheitlichen Aufwertungsstrategie"<sup>2</sup> wieder zu selbständig lebensfähigen Stadtteilen zu machen und ihre strukturelle Benachteiligung gegenüber anderen Teilen der Stadt zu überwinden. Ein Leitfaden der ARGEBAU definierte zwei Gebietstypen als besonders gefährdet:

■ hochverdichtete, innenstadtnahe und einwohnerstarke Quartiere mit schlechter Bausubstanz, mit Gewerbebrachen,

fehlenden Grün- und Freiflächen, mangelnden Arbeitsplätzen und ausbleibenden Entwicklungsimpulsen;

■ große hochverdichtete, zumeist randstädtische Wohnsiedlungen der Nachkriegszeit mit fehlender Infrastruktur und Nutzungsmischung, mit multiethnischer Bewohnerschaft und starken Segregationsprozessen.

In einem ersten Schritt bietet das Programm Ländern und Kommunen ergänzend zur Städtebauförderung des Bundes 100 Mio. Mark für investive Maßnahmen und erwartet die komplementäre Finanzierung durch Länder und Kommunen. Das neue Programm stellt insofern eine Gratwanderung dar, als es trotz eindeutiger Bindung der Bundesmittel an Investivmaßnahmen am umfangreichen Programmansatz mit vorrangig nicht-investiv ausgerichteten Anforderungen (Planung, Quartiersmanagement, Personal, Beratung/ Betreuung) festhält. Dieser kann nur durch Koordination mit anderen Ressortprogrammen und freien Trägern auf Landes- und kommunaler Ebene sichergestellt werden.

Das "Soziale Stadt"- Programm der Bundesregierung hat Vorbilder in einzelnen Bundesländern, insbesondere im nordrhein-westfälischen Förderansatz für "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf"<sup>3</sup> und im Armutsbekämpfungsprogramm der Hansestadt Hamburg. Wichtiges Vorbild war aber auch das Konzept der EU-Gemeinschaftsinitiative "URBAN". Im Kontext dieses erfolgreichen Stadtteilentwicklungsprogramms der EU konnten bundesweit einige Städte Erfahrungen mit integrativen Stadterneuerungsansätzen sammeln und austauschen.

### No way out?

Seit Ende der 80er Jahre prägen vor allem amerikanische und französische Stadtsoziologen die Debatte um das Entstehen neuer städtischer Armutsgebiete. Als neue Qualität dieser sich entwickelnden "Hyper-Ghettos"<sup>4</sup> gilt, daß sie inmitten prosperierender Großstädte entstehen und dennoch durch einen vergleichsweise umfassenden Ausschluß wachsender Bevölkerungsteile von regulärer Erwerbsmöglichkeit, von kultureller und sozialer Teilhabe und von politischer Partizipation gekennzeichnet sind. Die Chancenlosigkeit trifft insbesondere niedrig qualifizierte Arbeitssuchende und hält sie in wachsender Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge<sup>5</sup>.

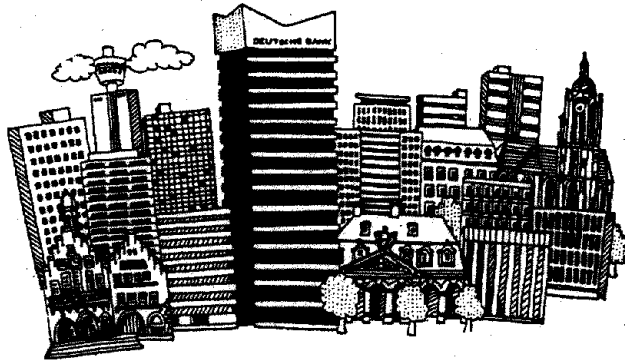
Wahrhaft lähmend sind die in amerikanischen Untersuchungen geäußerten Zweifel, daß es für die "Entbehrlichen"<sup>6</sup> jemals einen Weg zurück in die integrierte Mehrheitsgesellschaft geben könnte und daß stadtpolitische und planerische Eingriffe der Spaltung des städtischen Raums noch wirksam entgegenwirken könnten. Zuwanderung, Massenarbeitslosigkeit und zunehmende Gleichgültigkeit haben danach zu einem allmählichen Versagen der Stadt als "Integrationsmaschine" und zu einer Spaltung der Stadtgesellschaft in ein Drinnen und Draußen geführt. Galt in früheren Jahrzehnten die ganze Stadt noch als Ort mit potentiellen Aufstiegsprospektiven, so entwickeln sich heute zumindest Teile von ihr zu Orten scheinbarer Ausweglosigkeit.

Die räumliche Dimension der Ausgrenzung hat nach Einschätzung des Berliner Stadtsoziologen Hartmut Häu-

Bermann in Deutschland und Europa noch keine amerikanischen Dimensionen angenommen. Allerdings gibt es nach seinen Beobachtungen in vielen europäischen Städten eine sich verstärkende Tendenz zu ökonomischer Marginalisierung, sozialer Exklusion und sozialräumlicher Segregation. Nicht nur in Berlin und Hamburg entfalten Orte, an denen sich Benachteiligte und Migranten konzentrieren, zunehmend selbst ausgrenzende Wirkung – erst recht wenn ihnen (z. B. durch kommunale Belegungspolitik) von außen auch weiterhin problemverschärfende Faktoren zugewiesen werden.

Mit der Abwanderung mobiler und sozial integrierter Bevölkerungsgruppen in "bessere" und homogenere Viertel, ins städtische Umland oder in den ländlichen Raum dreht sich für diese Orte eine Abwärtsspirale, die Armut sichtbarer werden läßt, Instabilität hervorruft und den sozialen Frieden gefährdet. Die "Stadtflucht" der gesellschaftlich noch Integrierten (bedingt auch durch städtische Defizite wie mangelnde Umweltqualität, Verkehrsbelastung, Sicherheits- und Sauberkeitsprobleme, hohe Miet- und Baulandkosten sowie durch die Verlockungen einer üppigen Eigenheimförderung auf preiswerten Umlandflächen) führt dazu, daß die gesamte Stadt als Lebensraum und letztlich auch als Wirtschaftsstandort eine Abwertung erfährt.

Mit der strukturellen Überforderung von Stadtpolitik durch zahlreiche Aufgabenverlagerungen von Bundes- und Länderebene auf die Kommunen sowie durch Einspar- und Deregulierungsanforderungen spitzt sich die Lage des "kommunalen Sozialstaats"<sup>7</sup> zu. Heute sind die Städte kaum mehr in der Lage, ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung für eine Stadtentwicklung des sozialen Ausgleichs gerecht zu werden. Zwar sind viele Ursachenkomponenten von Arbeitslosigkeit und Armut dem kommunalen Einfluß entzogen, doch setzt auch das "Unternehmen Stadt" im Kontext interkommunalen Wettbewerbs zunehmend andere Prioritäten – Wirtschafts- und Imageförderung statt Armutsforschung und Sozialplanung, städtebauliche Großprojekte und "Events" statt quartiersbezogener Revitalisierungskonzepte, Kontroll- und Ordnungsdienste statt des Aufbaus von Partizipations- und Integrationsstrukturen.



### Exkurs: Ethnische Stadtteile oder Mischung?

Die Kontroverse um den planerischen Umgang mit Zuwanderung in der Stadtentwicklung und die Möglichkeiten einer gelingenden Integration von Migranten ist so alt wie die Migration selbst und immer noch ungelöst. Zwei Konzepte stehen sich gegenüber: das der ethnisch-sozialen Durchmischung im Quartier und das der gewollten sozialräumlichen Segregation. Argumentieren die Vertreter des einen Konzepts für das Zulassen homogener "communities", innerhalb derer sich Menschen gleicher Herkunft, gleicher Sprache und Kultur gegenseitig stützen und fördern können und durch freiwillige räumliche Absonderung zumindest vor-übergehend Geborgenheit finden können, so fordern die anderen (auch) im Interesse der Zuwanderer und insbesondere der Integraton ihrer Kinder die Verhinderung von Ausländerkonzentrationen.

Für die Ausbildung ethnisch-, sozial- und Nutzungsgemischter Stadtquartiere führen die Verteidiger des Mischungs-Leitbildes zum einen ausgeprägtere Toleranzstrukturen dem Fremden gegenüber an, zum anderen allemal höhere Beschäftigungs-, Teilhabe- und Integrationschancen als in homogenen Quartieren. "Die gute Absicht an dieser Strategie ist", so Hartmut Häußermann<sup>8</sup>, "daß keine Ghettos der Benachteiligung entstehen sollen - der Irrtum daran ist, daß die Benachteiligung geringer sei, wenn sie nicht so deutlich sichtbar wird". Das unbedingte Festhalten an Mischungs-Zielen lasse zudem außer acht, daß jene idealtypischen Stadtteile durch Umbau, Aufwertung und Verteuerung längst an Aufnahme- und Integrationsfähigkeit für ärmere Schichten verloren haben und daß sich das "Prinzip Mischung" in der heutigen Planungspraxis (spätestens in ihrer Ausführung) verliere.

Unter Verweis auf den Stadtsoziologen Hans-Paul Bahrdt<sup>9</sup>, der die urbane Stadt als einen Ort beschrieben hat, an dem verschiedene Lebensweisen, Anschauungen und Kulturen nebeneinander existieren und zugleich in produktiven Austausch treten können, plädiert Walter Siebel<sup>10</sup> für das Modell einer ethnisch fragmentierten, aber durchlässigen Stadt – für eine möglichst kleinräumige Segregation als Planungskonzept. Es müsse Orte der Identifikation, der Heimat ebenso wie Orte des Übergangs, der "unvollständigen Integration" (Bahrdt) geben.

Die multikulturelle Stadt brauche sowohl geschützte Zonen des Rückzugs in die eigene Herkunftskultur (mit allen Chancen auch für ethnische Ökonomien und kulturelle Infrastruktur) als auch öffentliche Räume zwischen den Kulturen (zones of transition). Segregation ist, so Siebel, "ein notwendiger Schritt auf dem Weg... zu einer Integration ohne Unterwerfung." Dieses Stadtkonzept fordert nicht, auf das Prinzip Mischung (wo immer möglich) zu verzichten oder das Integrationsmodell gegen das Segregationsmodell auszuspielen, es definiert jedoch Stabilität im Quartier nicht mehr über Ausländeranteile und Mischungsverhältnisse. Anerkannt würde, daß eine soziale Stadt Migranten-Freiräume dulden, ja fördern muß, und daß nicht das "Ghetto" per se das Problem ist, sondern die Agglomeration von baulichen und sozialen Mißständen.

### Verschärfte Bedingungen für die Stadteilerneuerung

Für viele der heute benachteiligten Stadtquartiere ist eine baulich-soziale Sanierungsstrategie, wie sie in den 70er Jahren noch getragen hat, kaum mehr zu begründen. Zwar galten auch in den frühen Sanierungsgebieten die Umwelt als defizitär, Wohnungsbestände sowie

öffentliche Räume als vernachlässigt und die Bewohner als benachteiligt; die räumliche Lage war jedoch zumeist citynah, die Strukturen nutzungs-gemischt und die spezifischen Milieus boten mitunter besondere Qualitäten und Entfaltungsmöglichkeiten, ökonomische Nischen und somit alternative Lebensräume. Trotz oder gerade wegen baulicher Sanierungsrückstände waren Situationen und Perspektiven einer emanzipierenden Gegenkultur entstanden<sup>11</sup>, auf deren Netze behutsame Stadterneuerungsverfahren wie das der Berliner Altbau-IBA zurückgreifen konnten.

Die heute als benachteiligt definierten Stadtteile mit multi-ethnischer Bevölkerung haben mit Kiez-Quartieren wie Berlin-Kreuzberg oder Frankfurt-Bockenheim und ihren sozialen und alternativ-ökonomischen Netzen nichts mehr zu tun. Die zumeist definitive Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt schwächt, so die Beobachtung von Stadtsoziologen, auch familiäre, nachbarschaftliche und sonstige soziale Bezüge, befördert Apathie und Isolation, aber auch eine gezielte Abgrenzung von Jugendlichen verschiedener Ethnien und Kulturen. Mobilisierungs- und Veränderungsstrategien mit dem Ziel neuer stabiler Netze, Nachbarschaften und Lebensperspektiven im Quartier stehen somit vor vielfach größeren Umsetzungsschwierigkeiten als in den 70er und beginnenden 80er Jahren.

### Überforderte Nachbarschaften

Als Folge mangelnder Investitionen und Vernachlässigung haben sich in den letzten Jahren insbesondere in den randstädtischen Sozialwohnungsbeständen der 60er und 70er Jahre die Verhältnisse spürbar verschlechtert. Wachsende Armut, steigende Mieten, auslaufende Sozialbindungen und damit schrumpfende Belegungsspielräume der Kommunen mußten zwangsläufig zu Konzentrationen von einkommensschwachen Haushalten und von Migrantenfamilien in den jüngeren Quartieren des noch gebundenen Wohnungsbestands führen.

1998 ging die Wohnungswirtschaft mit ihrer Studie "Überforderte Nachbarschaften"<sup>12</sup> in die politische Offensive. Dargestellt wird die Situation in ausgewählten Quartieren des sozialen Wohnungsbaus, in denen nach Einschätzung der Autoren nicht nur die heterogene Bewohnerschaft durch ein Übermaß an

Integrationsanforderung und Konfliktbewältigungsleistung, sondern auch Wohnungsunternehmen, Kommunen und soziale Sicherungssysteme "überfordert" sind: "Statt einer multikulturellen Gesellschaft erlebt man ein ethnisch segmentiertes, distanziertes und auch feindliches Nebeneinander"<sup>13</sup>. Die Autoren schätzen, daß etwa 500.000 Wohnungen in den Beständen des sozialen Wohnungsbaus der Kategorie überforderter Siedlungen zuzurechnen sind und daß sich in den unattraktivsten Beständen jene Haushalte konzentrieren, die keine andere Wahl haben.

Von ihren langjährigen baulichen Vernachlässigungen erholen sich die Siedlungen allmählich (nicht zuletzt dank erneuter öffentlicher Förderung<sup>14</sup>). Unter dem Druck der Verhältnisse reift bei der Wohnungswirtschaft zudem die Einsicht, daß gegen Anonymität, mangelnde Verantwortlichkeit, Vandalismus und den drohenden Wertverfall der Siedlungen mehr als nur baulich-technische Maßnahmen wie Fassaden- und Eingangssanierung, Eingangskontrolle oder Ausbau von Gemeinschaftsräumen gefragt sind.

In Anlehnung an amerikanische Ansätze des "community development" werden die Wohnungsunternehmen von ihren Gutachtern aufgefordert, zusammen mit den Kommunen sehr rasch zu einer "Strategie der Nachbarschaftsentwicklung" zu kommen und das Quartier künftig stärker als "Ressource zur Lebensbewältigung" anzusehen. Mit der Einrichtung von "Nachbarschaftsagenturen" sollen bisherige Sozialmanagement-Ansätze weiterentwickelt und die sozial-ökonomische Aktivierung der Bewohner (empowerment) versucht werden. Nachbarschafts- und Eigenarbeit könnten, so der Ansatz, auch in den Großsiedlungen allmählich zu einer Verbesserung des Quartierslebens führen und längerfristig zu einer "modernen Variante der Subsistenzwirtschaft" ausgebaut werden.

Vorläufig allerdings behindern Faktoren wie die mangelhafte städtebauliche Flexibilität der Bestände, insbesondere das Fehlen von gewerblich nutzbaren Flächen ("es gibt hier keine Schuppen"<sup>15</sup>), der weiterhin hohe Wohnungsbedarf im preiswerten Segment (der Wohnraumzweckentfremdung kaum zuläßt), die eher geringwertigen Qualifikationen der Bewohner und ihre unzurei-

chende Kaufkraft die Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben oder Einzelhandel und damit von Arbeitsplätzen im Quartier. Auf die Entstehung von Mischnutzungs-Strukturen und eine vorsichtige Urbanisierung kann nur gehofft werden, wenn es in nennenswertem Umfang gelingt, einen möglichst breiten Bestand von preiswerten Wohnungen zu erhalten<sup>16</sup> und stadtweit Belegungsmöglichkeiten zu mobilisieren. Erst dann können Wohnghettos durch das Einsickern von Gewerbe zu neuen Arbeits- und Lebensräumen umgeformt werden.

### Einmal Marxloh und zurück

Die sicherlich längsten und umfassendsten Erfahrungen mit integrativen Formen der Stadterneuerung haben nordrhein-westfälische Städte. In Arbeiterstadtteilen wie Duisburg-Marxloh oder Essen-Katernberg mußten aufgrund des massiven Strukturwandels um



Kohle und Stahl bereits Mitte der 80er Jahre Stadterneuerungskonzepte entwickelt werden, die über baulich orientierte Sanierungsverfahren hinausgingen. Versucht wurde hier sehr früh, Quartierspotentiale und -besonderheiten positiv wahrzunehmen, Handlungsebenen zu verknüpfen und soziale Träger und Wirtschaftsbetriebe einzubinden.

Die Bilanz nach mehr als zehn Jahren Quartiers-Arbeit in Duisburg-Marxloh, seit fünf Jahren Vorzeige-Stadtteil des NRW-Programms mit gut ausgebauter Projektmanagement-Struktur, URBAN-Quartier mit EU-Förderung sowie IBA-

Projekt<sup>17</sup>, fällt trotz zahlreicher Aktivitäten, baulich gelungener Sanierungsmaßnahmen und einer deutlichen Imageverbesserung nüchtern aus. So konnte die als Ziel der Projektarbeit formulierte sozioökonomische Durchmischung des Stadtteils unter den gegenwärtigen Bedingungen ebenso wenig erreicht werden wie eine deutliche Steigerung des lokalen Arbeitsplatzangebots. Gelungene Qualifizierungsmaßnahmen führen vielmehr nicht selten dazu, daß aktive Personen den Stadtteil verlassen (müssen).

Maßnahmen in wichtigen Handlungsfeldern wie der lokalen Wirtschaftsförderung, der Schaffung von Wohnungsangeboten für einkommensstärkere Gruppen, der Einbindung der Quartiersbevölkerung in Projekte (insbesondere bestimmter Gruppen) und hinsichtlich der interkulturellen Verständigung müßten, so die Einschätzung Projektbeteiligter, um ein Vielfaches verstärkt werden, um Potentiale zu erhalten und bisherige Erfolge auch nach Auslaufen von Fördergeldern zu sichern. Noch immer werden auf Quartiersebene die sektoralen, zu wenig gebündelten Förderstrukturen beklagt, die dem integrierten Handlungsansatz entgegenstehen und zu viel "mühevoller Kleinarbeit"<sup>18</sup> verursachen.

Marxloh macht nach Einschätzung von Beobachtern und Akteuren deutlich, daß die politische Steuerbarkeit von Entwicklungsprozessen im Stadtteil auch unter relativ guten Finanzierungs- und Organisationsvoraussetzungen begrenzt ist, daß es mitunter schon als Erfolg gelten kann, wenn sich der Status quo nicht verschlechtert. Von Marxloh lernen, heißt danach vor allem, den Faktor Zeit realistisch zu kalkulieren, Spielräume nicht zu überschätzen und auch kleinere Erfolge sichtbar zu machen.

### Nachhaltige Problemlösungen statt Sozialreparatur

■ Der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung in benachteiligten Stadtteilen erfordert die politische und öffentliche Wahrnehmung der Problemlagen und der komplexen Wechselwirkungen städtischer Politikfelder<sup>19</sup>. Nur die offene Thematisierung (allerdings ohne Stigmatisierung von Quartieren) wird zu Präventionskonzepten und veränderten

Prioritätensetzungen in der Stadtpolitik führen. Als Argument mag dienen, daß die dauerhafte Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen hohe soziale, politische und wirtschaftliche Folgekosten bewirkt. Migration als wesentlicher Faktor der Stadtentwicklung darf nicht länger als Randthema behandelt werden.

■ Lokale Ansätze können nur dann erfolgreich sein, wenn sie in ein Gesamtkonzept sozialer Stadtentwicklung und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit eingebettet sind.

■ Die Entwicklung von Problembewußtsein und Verantwortungsübernahme sowie die öffentliche Sensibilisierung sind Aufgaben der Stadtspitze. Für eine soziale Stadtentwicklung sind nicht nur die Sozialbehörden, sondern auch Planungsverwaltung und insbesondere die (lokal auszurichtende) Wirtschaftsförderung zuständig. Politisch gilt es breite Mehrheiten zu organisieren, Bündnispartner insbesondere in der Wirtschaft zu finden und zu verdeutlichen, daß Entwicklungsprozesse mit dem Anspruch "nachhaltig" nicht innerhalb einer Legislaturperiode abzuschließen sind.

■ Zu verhindern ist, daß in den Mittelpunkt der Quartiersentwicklung wieder vorrangig bauliche und städtebauliche Maßnahmen rücken, weil diese mit Blick auf die bauwirtschaftliche Konjunktur gut legitimierbar und einfach evaluierbar sind. Die heutigen Stadtteildefizite sind vorrangig nicht baulicher Art!

■ Eine differenzierte und kleinräumige Sozialberichterstattung, die ressortübergreifende Entwicklung von Strategien, Handlungsfeldern und Erfolgsindikatoren bei eindeutiger Federführung innerhalb der Verwaltung (Projektmanagement!) sowie die ausreichende und gebündelte Finanzausstattung sind ebenso wie das lokale Quartiersmanagement Voraussetzungen für erfolgreiche Steuerung und politische Legitimation.

■ Die Kooperation mit der Stadtteilbevölkerung ist der wichtigste Faktor nachhaltiger Quartiersentwicklung. Kooperation kann nur auf Verständnis für eine neue kulturelle Vielfalt (managing diversity) und auf vertrauensbildenden Maßnahmen beruhen. Die Entstehung von Vertrauen braucht Zeit – es ist dann jedoch eine soziale Ressource allerersten Ranges.

### Anmerkungen

1. Siehe auch Franziska Eichstädt-Bohlig in AKP 5/99, Seite 21.
  2. Leitfaden der ARGEBAU für eine Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt".
  3. Das Programm wurde 1993 als ressortübergreifendes, integriertes Handlungsprogramm ins Leben gerufen.
  4. Hartmut Häußermann, Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse?, in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaften 1/97.
  5. Für viele Konservative (nicht nur) in den USA gelten die Leistungsprogramme des Staates selbst als eine der Ursachen für zunehmende Armut und Fürsorgeabhängigkeit, ihre Kappung demnach als "Hilfe zur Selbsthilfe".
  6. Martin Kronauer, Soziale Ausgrenzung und Underclass; in Leviathan, ebenda.
  7. Walter Hanesch, Krise und Perspektiven der sozialen Stadt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/96
  8. Hartmut Häußermann, Zuwanderung und die Zukunft der Stadt, in Die Krise der Städte, S. 148.
  9. Hans-Paul Bahrdt, Die moderne Großstadt, 1961 (Neuaufgabe bei Leske + Budrich, Opladen 1998)
  10. Walter Siebel, Die Stadt und die Fremden, in: Joachim Brech (Hrsg.), Migration – Stadt im Wandel, 1997.
  11. Hartmut Häußermann (Referat) anläßlich der Sektionssitzung Stadtsoziologie zur "Sozialen und räumlichen Ausgrenzung" in Berlin am 23./24. 4.99.
  12. "Überforderte Nachbarschaften", empirica/ StadtBüro Hunger, GdW Schriften 48, 1998.
  13. GdW, ebenda, S. 24.
  14. Vgl. u.a. Großsiedlungsbericht des Bauminstieriums Nordrhein-Westfalen, Januar 1999.
  15. Zitates eines Aussiedlers in Bottrop, GdW, ebenda, S. 137.
  16. Vgl. z.B. Veröffentlichungen der BT-Fraktion Bü 90/ Die Grünen zur "Sozialen Wohnungswirtschaft".
  17. Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA).
  18. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Städtebauförderung und Ressourcenbündelung, Teil A, 1998.
  19. Zum Beispiel zieht die Wohneigentumsförderung im Umland genau jene Schwellenhaushalte aus der Stadt, die Quartiere stabilisieren könnten; die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände engt kommunale Handlungsspielräume ein; Einzelhandelsgroßzentren zerstören Stadtteilstrukturen.
- Zur Autorin: Carola Scholz ist Stadtsoziologin und Referatsleiterin Städtebau und Wohnungswesen in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund.